

DER TAGESSPIEGEL

UN-Flüchtlingsbericht
Quelle der Gewalt

Mehr als 35 Millionen Menschen sind derzeit innerhalb oder außerhalb ihrer Heimatländer auf der Flucht vor Krieg, Terror und Verfolgung, berichtet das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. Und jeden Tag neu erzählen die Bilder aus den Flüchtlingslagern, wie erbärmlich wenig der gut situierte Teil der Menschheit den Opfern jener Konflikte zu bieten hat, die doch meist – wie im Irak – mit dem politischen Versagen der globalen Führungsmächte verknüpft sind. Diese Katastrophe ist schlimm. Aber noch schlimmer wäre es, wenn die Botschaft, die davon ausgeht, die Politik nicht erreicht: Wo immer es geht, gilt es weitere Vertreibungen zu vermeiden, denn sie sind stets der Quell für noch mehr Gewalt. Wer diesen Grundsatz ernst nimmt, der muss jetzt im großen Stil in den Klimaschutz und die ökologische Stabilität des Planeten investieren. Denn wenn es nicht gelingt, den eskalierenden Wassermangel im dicht besiedelten Maghreb, die drohenden Flutkatastrophen in Südasien oder das Schmelzen der Gletscher des Himalaja und damit das zeitweilige Versiegen der großen asiatischen Flüsse aufzuhalten, dann wird eine Völkerwanderung einsetzen, an der gemessen alle derzeitigen Vertreibungen nur ein kleines Vorspiel waren.

— Seiten 1 und 5

Streit um Flughafen Tempelhof
Schneller als der Schall

Welch ein Zufall. In den nächsten Tagen soll das Gutachten des Bundesfinanzministeriums vorliegen, das klären soll, ob ein Weiterbetrieb des Flughafens Tempelhof für Geschäftsflugzeuge rechtlich möglich wäre. Und nun verkündet der Senat, dass er den Antrag der Deutschen Bahn, einen solchen Verkehr in Tempelhof zu betreiben, ablehnt. Ein gutes Vierteljahr hat sich die Luftfahrtbehörde damit Zeit gelassen; jetzt musste es ganz schnell gehen. Gerüchte sagen nämlich, dass es gut möglich ist, dass das Gutachten aus dem Finanzministerium durchaus einen solchen eingeschränkten Flugverkehr für möglich halten wird. Es gibt gute Gründe, den Flugbetrieb in Tempelhof aufzugeben. Fraglich ist, ob das bereits zum 31. Oktober 2008 sein muss, wie es der Senat beschlossen hat. Mit diesen Gründen sollte der Senat argumentieren. Indem er aber frühzeitig vollendete Tatsachen schafft, liefert er den Befürwortern eines weiteren Flugbetriebs nur neue Argumente. Wer überzeugt ist, dass es zur Schließung keine Alternative gibt, braucht jetzt nicht vorschnell zu urteilen.

— Seite 7

SCHWALME



Seine Knüppel

Putins Russland: Die Sicherheitskräfte handeln, wie es ihm gefällt

VON JENS MÜHLING

Brutal durfte man seinen Regierungsstil finden, machtfixiert, technokratisch und skrupellos. Eines aber war Wladimir Putins Politik bisher nicht: irrational. Noch für die größten Verstöße gegen das Taktgefühl des Westens ließ sich aus innenpolitischer Perspektive eine Begründung finden – auch wenn man sich ihr ungern anschließen mochte. Umso mehr verblüfft das irrationale Vorgehen der letzten Wochen. Ohne jede Not wurden in Russland Kundgebungen aufgelöst, deren gesellschaftliche Außenwirkung gegen null tendierte, wurden Demonstranten verprügelt, deren aufwiegelndes Potenzial nicht erkennbar war, wurden Oppositionsführer verhaftet, die

Putins Macht nicht im Mindesten gefährdeten. Scheinbar im Kampf gegen Windmühlen nimmt das Regime seine massive außenpolitische Diskreditierung in Kauf – und spielt damit dem vermeintlichen Gegner sogar noch in die Hände. Garri Kasparow, Ex-Schachweltmeister und Präsidentschaftskandidat, verfügt in Russland noch über keinerlei gesellschaftlichen Rückhalt: In Meinungsumfragen rangiert seine Popularität unterhalb des messbaren Bereichs. Gleiches gilt für seine Bewegung, die „Vereinigte Bürgerfront“ – ein loses Protestbündnis aus liberal gesinnten Bürgerlichen und linken Anarchos, von dem die meisten Russen noch nie gehört haben. Die einzige Währung, durch die Kasparows politisches Selbstverständnis gedeckt wird, ist mediale Aufmerksamkeit. Da ihm die in Russland weitge-

hend entzogen wird, konzentriert er sich auf die Auslandsmedien – und sammelt umso mehr Sympathiepunkte, je brutaler die Ordnungskräfte vor den Kameras auf seine Leute losgehen. Dass sich die russische Führung dennoch – und wider besseres Wissen – zu Gewaltorgien wie denen vom Wochenende hinreißen lässt, dürfte einer Eigendynamik zu verdanken sein, die Putin mit seiner Stärkung der russischen Exekutivorgane in Gang gesetzt hat. Auch dafür hatte der Präsident einst seine Gründe – im weitgehend entstaatlichten Russland Boris Jelzins hatte der Exekutive jede Durchsetzungskraft gefehlt. Heute aber sind Polizei, Armee und Geheimdienste so mächtig geworden, dass sie sich der gesellschaftlichen Kontrolle oft entziehen – und im vorausseilenden Gehorsam gegenüber ihrem

obersten Dienstherrn mitunter jede Grenze überschreiten. Natürlich hat Putin nicht den Befehl zum Niederknüppeln jeder oppositionellen Regung erteilt: Auch in Russland wird der Umgang mit Demonstrationen auf Regionalebene geregelt. Vorwerfen lassen muss sich der Präsident jedoch, ein gesellschaftliches Klima produziert zu haben, in dem Untergebene ihrem Dienstherrn durch möglichst gnadenloses Vorgehen gegenüber Andersdenkenden einen Gefallen zu erweisen glauben. Gerne inszeniert sich Putin im Fernsehen in der Rolle des Autokraten, der Beamtenköpfe im Akkord rollen lässt und die Minister am Fließband abkanzelt. Wenn seine Durchsetzungskraft wirklich so groß ist, sollte er jetzt ein landesweit sichtbares Zeichen gegen Gewalt und Machtmissbrauch setzen.

PORTRÄT



ALAN JOHNSTON
ENTFÜHRTER BBC-JOURNALIST:

„Gaza braucht nicht noch mehr Waffen“

Seit vier Wochen nichts, kein Lebenszeichen, keine Forderungen der Entführer. Am 12. März wurde der BBC-Korrespondent Alan Johnston von maskierten Männern in Gaza-Stadt aus seinem Wagen gezerrt und verschleppt, seitdem fehlt von ihm jede Spur. Allen Solidaritätsbekundungen weltweit zum Trotz, bleibt der 44-jährige verschwunden. Offenbar tapen auch die palästinensische Regierung und Präsident Mahmud Abbas im Dunkeln über die Entführer. Am Sonntag nahm der rätselhafte Fall eine dramatische Wende: Eine bislang unbekannte palästinensische Gruppierung erklärte in einer E-Mail, sie habe Johnston getötet. Damit wollten sie der Forderung nach Freilassung palästinensischer Gefangener in Israel Nachdruck verleihen, erklärten die „Brigaden von Tawhid und Dschihad“. Eine Bestätigung der Ermordung Johnstons gibt es jedoch nicht.

Der BBC-Mann ist nicht das erste Opfer von Entführungen im Gazastreifen. Seit 2006 wurden Dutzende ausländische Korrespondenten und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen in Gaza entführt, meist aber nach 48 Stunden wieder freigelassen. Zwei Mitarbeiter von Fox News wurden im Sommer 2006 zwei Wochen lang festgehalten. In der Regel waren Rivalitäten zwischen Clans oder interne Forderungen nach Jobs oder Bezahlung an die Adresse der Autonomiebehörde der Hintergrund.

Das Phänomen der Entführungen ist relativ neu im Gazastreifen und steht in direktem Zusammenhang mit dem Zusammenbruch staatlicher Sicherheitsdienste. Seit dem Wahlsieg der Hamas-Regierung im Januar 2006 hat der internationale Finanzboykott der Autonomiebehörde zum wirtschaftlichen Kollaps im Gazastreifen geführt. Seither werden Angestellte, darunter auch Sicherheitskräfte, kaum oder überhaupt nicht bezahlt. Zudem ist die bisher unterschwellige Rivalität zwischen Hamas und Fatah offen aufgebrochen und hat zur Schaffung neuer Milizen und zu Straßenkämpfen geführt. Diese Rechtslosigkeit, auf die Johnston selbst noch vor wenigen Wochen in einem seiner letzten Berichte aufmerksam hatte, konnte bislang auch die Regierung der Nationalen Einheit nicht beenden.

Wie seine BBC-Kollegen haben auch seine Eltern trotz der angeblichen Todesnachricht die Hoffnung nicht aufgegeben. „Unser Sohn hat drei Jahre unter den Menschen in Gaza gelebt, um ihre Geschichte der Welt zu erzählen – wir bitten jeden einzelnen von ihnen zu helfen, sein Leid zu beenden“, erklärten sie am Montag.

ANDREA NÜSSE

Gut und betucht – das schließt sich nicht aus

Wo hört die freie Entfaltung individueller Identität auf – und wann wirken sich gemeinsame kulturelle Werte als Verhaltensregeln oder -zwänge aus? Auf diese Grundfrage musste sich die Kopftuchdiskussion zuspitzen, weil sie jahrzehntlang verdrängt, ignoriert und somit nicht gelöst wurde. Stark verhärtete Positionen bildeten sich heraus: „Ihr müsst uns mit unserer gesamten Identität annehmen, das ist unser Menschenrecht“, sagen die einen. „Ihr müsst unsere verfassungsmäßigen Grundsätze beachten“, fordern die anderen. Beide Seiten wenden dabei ihre eigenen Maßstäbe auf die jeweils anderen an.

Auf dieser Basis ist keine Lösung möglich. Die Situation ist historisch belastet. Deutsche Vergangenheit und schwaches Identitätsprofil einerseits, Jahrzehntelange Ausgrenzung von Migranten ander-

erseits. Beides muss berücksichtigt werden, aber wir müssen nach vorne schauen. Wie Fortschritte gemacht werden können, zeigen erfolgreiche Interkul-

turen. Was ein neuer Weg – für die deutsche Leitkultur und die Befürworter des Kopftuches. Verständnis entsteht nicht durch das mantrahafte Wiederho-

what it's like to walk in somebody else's Moccasins. Zu wissen, wie man in anderer Leute Mokassins geht – nicht etwa in „Schuhen“, sondern in der Fußbedeckung der amerikanischen Ureinwohner! Analog müssten sich deutsche Normverfechter überlegen, was sie sich in einem anderen Land unter „Integration“ vorstellen.

Beispiele gibt es genug und stets beobachten wir: Zuwanderer möchten zumindest einige Eigenheiten beibehalten – vor allem jene, die ihnen, weshalb auch immer, wichtig sind. Auf der anderen Seite müssen sich die Befürworter des Kopftuches überlegen, wie sie mit abweichendem Verhalten oder nonkonformer Identität in ihrem eigenen Umfeld – zum Beispiel aus Sicht des Islams oder in einem islamischen Staat – umgehen. Solch echte Perspektivwechsel führen erfahrungsgemäß zu tiefgreifenden Aha-Effekten.

Diese bilden eine emotionale Basis für Veränderung und für Schritte aufeinander zu, kleine oder große. Die bisherige Diskussion lässt all dies vermissen. Zu starr erscheinen die Positionen und zu wenig lösungsorientiert die mitunter hilflosen Vorschläge.

Die einseitige Forderung, das Kopftuch abzulegen, war unsensibel und unangemessen. Dagegen wäre es intelligent, wenn manche islamische Frauen, die hierin kein Identitätsproblem sehen, das Kopftuch von sich aus (!) situativ ab- und anlegen. Migrationshintergrund darf nicht das einzige Identitätsmerkmal sein – Geschlecht oder Alter auch nicht. Geradezu utopisch mutet die Vorstellung an, gemeinsam Ja zu sagen zu einem gemeinsamen Leben in diesem Land. Solange die deutschen Top-Manager nicht Ja zu einer vielfältigen Gesellschaft sagen und etwa Kopftuchträgerinnen in ihre Reihen aufneh-

men, solange Politiker Integration überwiegend anhand von Defiziten auf Seiten der Migranten diskutieren, solange kann keine gemeinsame Basis entstehen.

Deutschland muss auch an seinen eigenen Defiziten arbeiten und den Wert seiner kulturellen Vielfalt entdecken. Ein fundamentaler Fehler ist die Annahme, Migranten seien Konkurrenten, etwa um Arbeitsplätze. Das Gegenteil ist richtig: Durch die wirtschaftliche Beteiligung von Migranten wird der Kuchen größer. Ebenso wie durch die Beteiligung von Frauen und Alten. Politik und Gesellschaft sollten von der Wirtschaft lernen, wie Vielfalt zum Wohle aller genutzt werden kann. Dass sich hierfür alle ein wenig verändern müssen, ist Teil der Lösung.

— Der Autor ist Inhaber der Kölner Unternehmensberatung Ungleich Besser.

POSITIONEN

Deutsche Manager sollten Kopftuchträgerinnen in ihre Reihen aufnehmen

VON MICHAEL STUBER



Foto: promo

tur-Modelle der globalisierten Wirtschaft. Das einfache Rezept: Beide Seiten müssen die Sichtweise des anderen verstehen und sich dann aufeinander zubewegen. In der Kopftuchfrage wäre

len der eigenen Position. Wir brauchen stattdessen einen Perspektivtausch. In modernen Trainings gehört diese Technik zum Standard. In den USA existiert eine vieldeutige Formulierung: To know

Gleich den Coupon ausfüllen und einsenden:
Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 10876 Berlin
Fax (030) 260 09-777

Ich bestelle folgende Produkte: (Bitte die Anzahl eingeben.)

Weinpaket „Das große Bio-Weinpaket“ zum Paketpreis von 88,99 €

Die Preise verstehen sich inkl. MwSt. und Versandkosten. Dieses Angebot gilt nur für Lieferadressen innerhalb Deutschlands.

Name/Vorname

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Kontonummer (falls Bankeinzug gewünscht)

Bankleitzahl/Bank (falls Bankeinzug gewünscht)

Datum Unterschrift

Sie können Ihre Bestellung innerhalb von zwei Wochen ohne Angabe von Gründen schriftlich (Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt mit Erhalt der Ware. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 10876 Berlin; anso@tagesspiegel.de.
 Ich bin damit einverstanden, zukünftig über interessante Produkte der Verlag Der Tagesspiegel GmbH per E-Mail, Telefon oder per Post informiert zu werden.

Die Tagesspiegel-Geschäftsstelle ist ab sofort Mo.-Fr. von 9.00 bis 20.00 Uhr geöffnet.

Das große Bio-Weinpaket



3 Fl. Salustri Marleo Montecucco Rosso DOC 2005

trockener Rotwein aus Italien/Toskana – 13,5 % vol.
Einzelpreis: 9,99 €/Fl.

3 Fl. Jaki Nero d'Avola – Cabernet Sauvignon 2005

trockener Rotwein aus Italien/Sizilien – 13,5 % vol.
Einzelpreis: 12,99 €/Fl.

3 Fl. Franco d'Eusanio Montepulciano d'Abruzzo Noccese 2005

trockener Rotwein aus Italien/Abruzzo – 12,5 % vol.
Einzelpreis: 6,49 €/Fl.

3 Fl. Tomas & Giesen MUNIR Bianco IGT 2006

trockener Weißwein aus Italien/Sizilien – 12 % vol.
Einzelpreis: 7,99 €/Fl.



Paketpreis (12 Flaschen): 88,99 €

Sie sparen über 20 % gegenüber dem Listenpreis.

Literpreis 9,88 €
Angebot solange Vorrat reicht!



In Kooperation mit ebrosia

DER TAGESSPIEGEL SHOP

Bestellhotline (030) 260 09-582

www.tagesspiegel.de/shop

Dieses und weitere Produkte erhalten Sie auch in unserer Tagesspiegel-Geschäftsstelle, Potsdamer Straße 81-83, 10785 Berlin-Tiergarten, Telefon (030) 260 09-289
Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9.00 bis 20.00 Uhr